

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:123937-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Berlin: Elektronische Nachrichten- und Informationsdienste
2018/S 056-123937**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

- I.1) **Name und Adressen**
Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund)
Ruhrstraße 2
Berlin
10709
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.vdek.com
- I.1) **Name und Adressen**
Techniker Krankenkasse – TK
Bramfelder Straße 140
Hamburg
22306
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.tk.de
- I.1) **Name und Adressen**
BARMER
Axel-Springer-Straße 44
Berlin
10969
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.barmer.de
- I.1) **Name und Adressen**

DAK-Gesundheit
Nagelsweg 27-31
Hamburg
20097
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.dak.de

I.1) **Name und Adressen**
Kaufmännische Krankenkasse — KKH
Karl-Wiechert-Allee 61
Hannover
30625
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kkh.de

I.1) **Name und Adressen**
hkk
Martinistraße 26
Bremen
28195
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.hkk.de

I.1) **Name und Adressen**
HEK — Hanseatische Krankenkasse
Wandsbeker Zollstraße 86-90
Hamburg
22041
Deutschland
Kontaktstelle(n): Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
E-Mail: vergabestelle@vdek.com
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.hek.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.subreport.de/E42472941>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) — Vergabestelle

Askanischer Platz 1

Berlin

10963

Deutschland

Kontaktstelle(n): Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@vdek.com

NUTS-Code: DE300

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vdek.com

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Dienstleistungsauftrag: Informationsinitiative zu den Sozialwahlen und zur Selbstverwaltung der ausschreibenden Sozialversicherungsträger

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

64216000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Gegenstand des Auftrags ist die externe Unterstützung durch eine Agentur zur Umsetzung einer Informationsinitiative zum Thema Sozialwahl und Selbstverwaltung. Die Auftraggeber sind die im vdek organisierten Ersatzkassen und die DRV Bund. Das Kommunikationskonzept soll mehr auf Informationsvermittlung und weniger auf werbliche Aktivitäten setzen. Schwerpunkt der Informationsinitiative wird die Arbeit der Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter sein. Im Mittelpunkt steht die Webseite www.selbstverwaltung.de (aktuell erfolgt eine automatische Umleitung auf www.sozialwahl.de) und deren weiterer Ausbau. Die Webseite soll Informationen der Träger veröffentlichen und gleichzeitig Vermittlungsfunktion zu den Angeboten der Träger haben. Die Webseite muss mit Inhalten gefüllt und über geeignete Kanäle (inkl. Eigenmedien) kommuniziert werden. Die Informationsinitiative soll weitere Elemente nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung und des erfolgreichen Bieterkonzepts enthalten.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

39294100
79341400
79340000
79416000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die im vdek organisierten Ersatzkassen und die Deutsche Rentenversicherung Bund wollen im Rahmen ihrer gesetzlichen Pflichten nach den §§ 13-15 SGB I in einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit ihre Versicherten, Rentner und Mitglieder über die soziale Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und über die Sozialwahl permanent informieren. Die nächste Sozialwahl findet 2023 statt. Hauptziele der Informationsinitiative sind:
— die Bekanntheit der sozialen Selbstverwaltung und deren Aktivitäten zu erhöhen (Selbstverwaltung öffentlich zu verankern und zugänglicher, lebendiger zu vermitteln),
— eine Stärkung der Sozialwahlen sowie perspektivisch eine höhere Wahlbeteiligung bei der Sozialwahl 2023 zu erreichen.

Um diese langfristigen Ziele zu erreichen, soll mit einer auf vier Jahre (ab dem 1.10.2018) ausgerichteten Informationsinitiative das Wissen der Bevölkerung über die soziale Selbstverwaltung, die Arbeit der ehrenamtlichen Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter und die Sozialwahl erweitert und deren Bekanntheitsgrad erhöht werden. Im Ergebnis sollen Aufbau, Funktion, Arbeit und Nutzen der sozialen Selbstverwaltung transparenter gemacht und das Bild der Selbstverwaltung und der Sozialwahl positiver besetzt werden.

Bei der Gestaltung der Informationsinitiative müssen alle Zielgruppen (Jugendliche, Erwachsene ohne Kinder, Familien, Best Ager sowie Vertreter aus Politik, Medien) beachtet und adressiert werden. Es werden von den Bietern Vorschläge für eine zielgruppenspezifische Ansprache im Rahmen des Kommunikationskonzeptes erwartet.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/10/2018

Ende: 30/09/2022

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen:

- 1) Als formlose Anlage eine Darstellung des Unternehmens, aus der sich Gesellschaftsform, Leistungsportfolio, Standorte, Standortorganisation, Spezialgebiete und Schwerpunkte ergeben. Dieses aussagekräftige Firmenprofil des Bewerbers / der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft hat auch Angaben zu den Unternehmensträgern (z.B. Inhaber, Gesellschafter) und zum Stammkapital zu enthalten. Die Darstellung sollte 5 DIN A4-Seiten nicht überschreiten. Alternativ kann eine Firmenbroschüre eingereicht werden, soweit sie die in Satz 1 geforderten Angaben vollständig enthält;
 - 2) Berufs- / Handelsregistrauszug als Nachweis darüber, dass der Bieter im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem er ansässig ist, eingetragen ist; dieser Nachweis darf zum Zeitpunkt Ende der Bewerbungsfrist nicht älter als 3 Monate sein;
 - 3) Eigenerklärung zu Ausschlussgründen (nach Formblatt Eigenerklärung Ausschlussgründe);
 - 4) ggf. Erklärung zur Bewerbungsgemeinschaft (gemäß Formblatt Bewerbungsgemeinschaft). Im Fall einer Bewerbungsgemeinschaft ist zusätzlich eine Darstellung der geplanten innerorganisatorischen Projektstruktur einzureichen, aus der hervorgeht, welches Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft für die Projektsteuerung und das Finanzcontrolling aller Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder zuständig ist (Leadfunktion);
 - 5) ggf. Erklärung zu Unterauftragnehmern (gemäß Formblätter Unterauftragnehmerverzeichnis)
- Die Angaben zu 1)-3) sind im Fall einer Bewerbungsgemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzureichen.

Die Erklärung zu 3) ist zusätzlich von jedem Unterauftragnehmer einzureichen.

Erst auf Verlangen der Auftraggeber sind außerdem einzureichen:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes (bei nachgewiesener Nichtausstellung durch das Finanzamt ist auch eine Erklärung des Steuerberaters zulässig) (nicht älter als 12 Monate),
- Nachweis der ordnungsgemäßen Zahlung der Sozialbeiträge (nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Zahlung der Beiträge (nicht älter als 12 Monate)

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen:

- 1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (gemäß Formblatt Eigenerklärung Leistungsfähigkeit / Fachkunde);
- 2) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens bezüglich Dienstleistungen im Bereich Entwicklung von Kommunikationskonzepten, PR und Öffentlichkeitsarbeit und Online-Marketing, bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (gemäß Formblatt Eigenerklärung Leistungsfähigkeit / Fachkunde);
- 3) Im Fall des Einsatzes von Unterauftragnehmern oder sonstigen Drittunternehmern (Eignungsleihern) hat der Bewerber nachzuweisen, dass ihm im Auftragsfall die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers oder Drittunternehmers vorlegt (gemäß Formblatt Verpflichtungserklärung Drittunternehmer).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 2) Aus der Erklärung muss sich ergeben, dass der Bieter in jedem der letzten drei Geschäftsjahre Umsätze mit den angegebenen, hier nachgefragten Leistungen erzielt hat.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1) Eigenerklärungen über Referenzen über mit dem Auftrag vergleichbare Leistungen, bezogen sowohl auf die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Informationsinitiativen als auch bezogen auf öffentliche Auftraggeber (gemäß Formblatt „Referenzprojekte“);
- 2) Angaben zur Gesamtzahl der Mitarbeiter, die den Auftraggebern für die zu vergebenen Dienstleistungen zur Verfügung stehen (gemäß Formblatt Eigenerklärung Leistungsfähigkeit / Fachkunde).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 1).

Gefordert werden Referenzprojekte bezogen auf Informationsinitiativen:

- a) Ausführliche Darstellung mindestens zweier Referenzprojekte zur Entwicklung strategischer Kommunikationskonzepte für PR, Öffentlichkeitsarbeit und Online-Marketing (mit Angaben zur Adresse und zur Auskunftsperson des Auftraggebers [Name sowie Telefon oder E-Mail]);
- b) Ausführliche Darstellung mindestens eines Referenzprojekts im Bereich PR (Public Relations) bzw. Öffentlichkeitsarbeit (mit Angaben zur Adresse und zur Auskunftsperson des Auftraggebers [Name sowie Telefon oder E-Mail]);
- c) Ausführliche Darstellung mindestens eines Referenzprojekts im Bereich Online-Marketing (mit Angaben zur Adresse und zur Auskunftsperson des Auftraggebers [Name sowie Telefon oder E-Mail]);

Gefordert werden Referenzprojekte bezogen auf öffentliche Auftraggeber:

- d) Ausführliche Darstellung mindestens zweier Referenzprojekte für öffentliche Auftraggeber (mit Angaben zur Adresse und zur Auskunftsperson des Auftraggebers [Name sowie Telefon oder E-Mail])
(jeweils nach Maßgabe des Formblatts Referenzprojekte).

Zu 2) Aus der Erklärung muss sich ergeben, dass mindestens 5 Mitarbeiter mit einschlägiger Projekterfahrung des Bewerbers oder der Bewerbungsgemeinschaft sowie ein Projektleiter für die zu vergebenen Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Die Vertretung bei Ausfällen muss jederzeit gewährleistet sein, um die Einhaltung der Fristen sicherzustellen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Bietergemeinschaften müssen im Zuschlagsfall eine Rechtsform mit gesamtschuldnerischer Haftung annehmen. Im Übrigen wird auf die Vertragsbedingungen verwiesen.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/04/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 19/04/2018

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/09/2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der vdek führt dieses Beschaffungsvorhaben namens und im Auftrag folgender öffentlicher Auftraggeber durch, die sich jeweils dadurch auszeichnen, dass sie die Sozialwahlen im Wege von Urwahlen durchführen:

- 1) Deutsche Rentenversicherung Bund, Ruhrstraße 2, 10709 Berlin;
- 2) Techniker Krankenkasse, Bramfelder Straße 140, 22305 Hamburg;
- 3) Barmer, Axel-Springer-Straße 44, 10969 Berlin;
- 4) DAK-Gesundheit, Nagelsweg 27-31, 20097 Hamburg;
- 5) Kaufmännische Krankenkasse – KKH, Karl-Wiechert-Allee 61, 30625 Hannover;
- 6) hkk, Martinistraße 26, 28195 Bremen;
- 7) HEK – Hanseatische Krankenkasse, Wandsbeker Zollstraße 86 – 90, 22041 Hamburg.

Weitere Unterlagen (Informations-Memorandum + Formulare für die Einreichung des Teilnahmeantrags) sind abrufbar unter <http://www.subreport.de/E42472941>. Auskünfte an interessierte Unternehmen werden ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform erfolgen, ebenfalls erreichbar unter <http://www.subreport.de/E42472941>. Um an einer Bieterkommunikation teilzunehmen müssen Sie sich zwingend, vor dem Download der Unterlagen, auf der Plattform registrieren.

Um eine ordnungsgemäße und rechtzeitige Beantwortung sicherzustellen, wird für Bewerberfragen eine Frist bis zum 6.4.2018, 12 Uhr, gesetzt.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76
Bonn
53123
Deutschland
Fax: +49 2289499163

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 134 GWB Informations- und Wartepflicht.

1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an...

§ 135 GWB Unwirksamkeit.

1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1.

Gegen § 134 verstoßen hat...

Und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union...

§ 160 GWB Einleitung, Antrag.

1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

a. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

b. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

c. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
d. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind...

§ 168 GWB Entscheidung der Vergabekammer.

1) Die Vergabekammer entscheidet, ob der Antragsteller in seinen Rechten verletzt ist und trifft die geeigneten Maßnahmen, um eine Rechtsverletzung zu beseitigen und eine Schädigung der betroffenen Interessen zu verhindern. Sie ist an die Anträge nicht gebunden und kann auch unabhängig davon auf die Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens einwirken.

2) Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden...

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16/03/2018